



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr
Status:	öffentlich
Datum	20.07.2015

TOP 6. Längen- und Gewichtsbeschränkung; Teileinziehung von Straßen WTV 8/2015

Dieses Thema beschäftigt die Stadt bereits seit etlichen Jahren, berichtet BM Ulrichs. Der zunehmende Schwerlastverkehr, der zunehmend den Zustand unserer Straßen verschlechtert, werde derzeit ausschließlich aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht, also aus Sicht der Gefahrenabwehr beurteilt. Dieses helfe uns dauerhaft nicht weiter. Nach einer entsprechenden Teileinziehung hätte die Stadt Norderney das Zepter in der Hand und könnte dann maßgeblich entscheiden, wer fahren dürfe und wer nicht.

StAR Vißer führt weiter aus, dass der Landkreis auch künftig die Ausnahmegenehmigung erteilen würde. Die Stadt müsse aber gehört und ihre Einwände beachtet werden. Der Landkreis würde weiterhin seine Gebühr erheben, es käme jedoch eine Straßensondernutzungsgebühr der Stadt Norderney hinzu, und zwar nach unseren Konditionen.

Aus Sicht der Verwaltung sprechen folgende „Gründe des öffentlichen Wohls“ für eine Teileinziehung:

- a) Eine Vielzahl Norderneyer Straßen im Stadtgebiet ist damit überfordert, Fahrzeuge aufzunehmen, die schwerer als 8,5 t und länger als 8,5 m sind.
- b) Die hohen Kosten für Maßnahmen zur (Wieder-)Herstellung der Verkehrssicherheit können durch die Stadt Norderney nicht getragen werden. Eine Erleichterung der Straßenbaulast ist deshalb erforderlich.
- c) Größere Fahrzeuge verursachen grundsätzlich eine größere Lärm- und Abgasbelastung für Anwohner und (Kur-)Gäste. Ihr Ausschluss erhält bzw. verbessert die Wohnqualität und fördert den Kurbetrieb.
- d) Lange und schwere Fahrzeuge passen nicht ins Ortsbild. Auf längere und schwerere Fahrzeuge ausgelegte Straßen würden den Charakter und das Erscheinungsbild der Insel verändern.
- e) Die grundsätzliche Ausbauzielrichtung für Straßenneubauten ist der ebenerdige Ausbau zu Mischverkehrsflächen, um dem Fußgänger Vorrang zu geben. Größere Fahrzeuge würden dabei eine größere Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer darstellen.

Ein Interesse an der Beibehaltung der aktuellen straßenrechtlichen Situation sei nicht erkennbar.

Beschluss

Es soll nunmehr aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles für alle Straßen, die der aktuellen straßenverkehrsrechtlichen Längen-/Gewichtsbeschränkung unterfallen (s. anl. Lageplan), ein Teileinziehungsverfahren eingeleitet werden, und zwar durch Ausschluss von Fahrzeugen, welche eine tatsächliche Gesamtmasse von 8,5 t und einer tatsächlichen Gesamtlänge von 8,5 m überschreiten. Für die Straße „Im Gewerbegebiet“ soll eine tatsächliche Gesamtmasse von 24 t nicht überschritten werden; eine Längenbeschränkung soll für diese Straße jedoch nicht eingeführt werden.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen